



Report

on the audit of the financial statements
for the year ended 31 March 2025

Uniparts India GmbH
Hennef

CLA Global

Report

on the audit of the financial statements
for the year ended 31 March 2025

Uniparts India GmbH
Hennef

Table of Contents

		page
1.	Audit Mandate	1
2.	General Findings	1
3.	Statement of the Auditor's Opinion	3
4.	Subject, Type and Scope of the Audit	7
4.1	Subject of the Audit	7
4.2	Type and Scope of the Audit	7
5.	Findings and Notes on the Accounting	10
5.1	Regularity of the Accounting	10
5.1.1	The Bookkeeping and Other Documents Audited	10
5.1.2	Annual Financial Statement	
5.2	Overall impression created by the annual financial statements	10
5.2.1	Findings regarding the overall impression created by the Annual Financial Statements	10
5.2.2	Notes regarding the overall impression created by the Annual Financial Statements	10
6.	Final Remark	11

Annexes

Annual Financial Statements and Auditor's Opinion

Annex 1	Balance Sheet for the Period ending on 31 March 2025
Annex 2	Profit-and-Loss Statement for the Financial Year from 1 April 2024 to 31 March 2025
Annex 3	Notes to the Financial Statements for the Financial Year 2024/2025
Annex 4	Independent Auditor's Opinion

Additional Annexes

Annex 5	Translation of the Annual Financial Statements for the Period Ending on 31 March 2025
Annex 6	Legally binding: Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024 und Sonderbedingungen für die Erhöhung der Haftung
Annex 7	For translation purposes only: General Engagement Terms for Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer and Wirtschaftsprüfungsgesellschaften [German Public Auditors and Public Audit Firms] as of January 1, 2024 and Special Terms and Conditions for Increasing Liability

1. **Audit Mandate**

The legal representatives of

**Uniparts India GmbH,
Hennef,**

(hereinafter also referred to as “Uniparts” or “the Company”) commissioned us as auditor for to conduct a voluntary audit of the financial statements in accordance with § 317 of the German Commercial code.

We submit this report on our audit to the company in accordance with German generally accepted standards for the preparation of audit reports (IDW PS 450 revised) issued by the Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf.

We herewith confirm that we have complied with the applicable requirements pertaining to independence in our audit of the Financial Statements in accordance with § 321, section 4a of the German Commercial Code.

The agreements concluded and the General Terms and Conditions for the Engagement of Auditors and Auditing Companies in the version dated 1 January 2024 attached as Annex 6 as well as the Special Terms and Conditions for Increasing Liability shall apply to the execution of the contract and our responsibilities. These also set out our responsibility towards third parties. The maximum amount of liability applicable to the contract shall be determined in accordance with no. 9 of the General Terms and Conditions of Engagement or the Special Conditions for Increasing Liability.

2. **General Findings**

Statement of opinion regarding the assessment of the current situation by the legal representatives

The legal representatives took advantage of the simplified procedure in accordance with § 264 section 1, subsection 4 of the German Commercial Code and did not prepare a management report. Therefore, we in our capacity as auditors of the annual financial statements are unable to issue an opinion pursuant to § 321, section 1, subsection 2 of the German Commercial Code on the assessment of the situation of the Company by the legal representatives, as would otherwise be provided in the management report.

3. Statement of the Auditor's Opinion

We have issued the unqualified audit opinion, attached as Annex 4, for the annual financial statements of Uniparts India GmbH, Hennef, for the financial year from 1 April 2024 to 31 March 2025 in accordance with Annexes 1 to 3 of this Report. Only the German version is legally binding. The English version is for courtesy translation purposes only.

"Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Uniparts India GmbH,

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der Uniparts India GmbH, Reutherstraße 3, 53773 Hennef, – bestehend aus der Bilanz zum 31.03.2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.04.2024 bis zum 31.03.2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31.03.2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.04.2024 bis zum 31.03.2025.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Verantwortung des gesetzlichen Vertreters für den Jahresabschluss

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der gesetzliche Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshand-

lungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangten Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

“INDEPENDENT AUDITOR’S REPORT

To Uniparts India GmbH

Audit Opinion

We have audited the annual financial statements of Uniparts India GmbH, Reutherstraße 3, 53773 Hennef, Germany, which comprise the balance sheet as at 31. 03.2025 and the income statement for the financial year from 1 April 2024 to 31 March 2025 and the notes to the financial statements, including the presentation of the accounting policies.

In our opinion, based on the findings of our audit, the accompanying annual financial statements comply, in all material respects, with the requirements of German commercial law applicable to share capital companies and give a true and fair view of the assets, liabilities and financial position of the Company as at 31 March 2025 and of its financial performance for the financial year from 1 April 2024 to 31 March 2025 in compliance with German Legally Required Accounting Principles.

Basis for the Audit Opinion

We conducted our audit of the annual financial statements in accordance with § 317 German Commercial Code and German generally accepted standards for the audit of financial statements promulgated by the Institut der Wirtschaftsprüfer [Institute of Public Auditors in Germany] (IDW). Our responsibilities under those requirements and principles are further described in the “Auditor’s Responsibilities for the Audit of the Annual Financial Statements” section of our auditor’s report. We are independent of the Company in accordance with the requirements of German commercial and professional law, and we have fulfilled our other German ethical responsibilities in accordance with these requirements. We believe that the audit evidence we have obtained is sufficient and appropriate to provide a basis for our audit opinion on the annual financial statements.

Responsibilities of the Executive Directors for the Annual Financial Statements

Management is responsible for the preparation of the annual financial statements that comply, in all material respects, with the requirements of German commercial law applicable to share capital companies, and that the annual financial statements give a true and fair view of the assets, liabilities, financial position and financial performance of the Company in compliance with German Legally Required Accounting Principles. Furthermore, the legal representatives are responsible for the internal controls that they have implemented in accordance with German generally accepted accounting principles.

Furthermore, the legal representative is responsible for the internal controls that he has determined to be necessary in accordance with German generally accepted accounting principles to enable the preparation of annual financial statements that are free from material misstatement, whether due to fraud (i.e. manipulation of accounting records and impairment of assets) or error.

In preparing the annual financial statements, the legal representative is responsible for assessing the company's ability to continue as a going concern. Furthermore, they are responsible for disclosing, as applicable, matters related to going concern. In addition, the auditor is responsible for financial reporting based on the going concern basis of accounting unless factual or legal circumstances indicate otherwise.

Auditor's Responsibilities for the Audit of the Annual Financial Statements

Our objectives are to obtain reasonable assurance about whether the annual financial statements as a whole are free from material misstatement, whether due to fraud or error, and to issue an auditor's report that includes our opinion on the annual financial statements.

Reasonable assurance is a high level of assurance, but is not a guarantee that an audit conducted in accordance with § 317 German Commercial Code and German generally accepted standards for the audit of financial statements promulgated by the Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) will always detect a material misstatement. Misstatements can arise from fraud or error and are considered material if, individually or in the aggregate, they could reasonably be expected to influence the economic decisions of users taken on the basis of these financial statements. We exercise professional judgment and maintain professional skepticism throughout the audit. In addition we:

- identify and assess the risks of material misstatement of the annual financial statements, whether due to fraud or error, design and perform audit procedures responsive to those risks, and obtain audit evidence that is sufficient and appropriate to provide a basis for our opinion. The risk of not detecting a material misstatement resulting from fraud is higher than the risk of not detecting a material misstatement resulting from error, as fraud may involve collusion, forgery, intentional omissions, misrepresentations, or the override of internal control.
- obtain an understanding of internal control relevant to the audit of the annual financial statements in order to design audit procedures that are appropriate in the circumstances, but not for the purpose of expressing an opinion on the effectiveness of the Company's internal control.
- evaluate the appropriateness of accounting policies used by the executive directors and the reasonableness of accounting estimates and related disclosures made by the executive directors. Obtain an understanding of internal control relevant to the audit of the annual financial statements in order to design audit procedures that are appropriate in the circum-

stances, but not for the purpose of expressing an opinion on the effectiveness of these systems of the Company.

- conclude on the appropriateness of the legal representative's use of the going concern basis of accounting and, based on the audit evidence obtained, whether a material uncertainty exists related to events or conditions that may cast significant doubt on the Company's ability to continue as a going concern. If we conclude that a material uncertainty exists, we are required to draw attention in the auditor's report to the related disclosures in the annual financial statements or, if such disclosures are inadequate, to modify our opinion. We draw our conclusions on the basis of the audit evidence obtained up to the date of our auditor's report. However, future events or conditions may cause the Company to cease to be able to continue as a going concern.
- evaluate the overall presentation, structure and content of the annual financial statements, including the disclosures, and whether the annual financial statements present the underlying transactions and events in a manner that the annual financial statements give a true and fair view of the assets, liabilities, financial position and financial performance of the Company in compliance with German Legally Required Accounting Principles.

●
We communicate with those charged with governance regarding, among other matters, the planned scope and timing of the audit and significant audit findings, including any significant deficiencies in internal control that we identify during our audit.”

4. Subject, Type and Scope of the Audit

4.1 Subject of the Audit

Our audit examined the following:

- the accounting,
- the annual financial statements, consisting of the balance sheet, the profit-and-loss statement, the notes and

For specification of the domains of responsibility of the Company's institutions in charge of preparing and monitoring the accounting process and our audit, please see the relevant sections of the auditor's opinion.

In addition, we would like to note that the audit of compliance with other statutory regulations, e.g. foreign exchange, price and labour law regulations, is only among the tasks in auditing the annual financial statements to the extent that these other regulations usually have retroactive effects on the annual financial statements. Pursuant to § 317, section 4a of the German Commercial Code, the audit does not have to include an analysis of whether assurances can be made regarding the continued viability of the company or the effectiveness and efficiency of the management.

Similarly, the audit did not have the task of discovering administrative offences or fraudulent acts. Our audit procedures by their very nature are hence not designed to detect serious infringements of statutory provisions or administrative offences committed outside the scope of the accounting. There was no evidence which would have made it necessary to expand the scope of the audit in this respect, however. Nor did the audit of the annual financial statements include any review of insurance coverage in terms of existing risks.

4.2 Type and Scope of the Audit

Basis for our audit were the annual financial statements from the previous year, which we audited and issued an unqualified auditor's opinion as per 21 May 2024 and which was approved on 8 July 2024.

For an explanation of the type and scope of the audit, including the accounting and auditing principles applied, please see the sections "Basis for the Audit Opinions" and "Responsibility of the Auditor for the Audit of the Annual Financial Statements" in the auditor's opinion.

We have performed our audit of the annual financial statements along the lines of §§ 316 et seq. of the German Commercial Code in accordance with generally accepted German standards for the audit of financial statements approved by the Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW). These standards require that the audit be planned and performed in such a manner

so that it can be assessed with sufficient certainty whether the accounting records and annual financial statements are free from significant deficiencies. The audit includes an examination on a random basis of evidence corroborating the amounts and disclosures in the books and records and the annual financial statements. The audit includes an assessment of the accounting principles used and the most important assessments made by management as well as an evaluation of the overall presentation of the annual financial statements. We believe that our audit provides a sufficiently secure basis for our opinion.

As part of our audit planning, we obtained an overview of the business activities and the economic and legal environment of the Company and its accounting system, performed an analytical review of the annual financial statements and reviewed the Articles of Association and shareholders' resolutions adopted by the General Meeting. We examined the Company's internal control system to the extent that we consider it is relevant to proper accounting; the internal control system as a whole was not the subject of our audit. We determined the audit strategy on the basis of the findings obtained from this examination in accordance with the risk-oriented audit approach, taking into account the risks of error identified and assessed.

We conducted our audit on the basis of the results of our risk assessment and, in accordance with the audit strategy based on this assessment, on a non-control-oriented basis. The nature and scope of our audit of individual transactions were determined by our risk assessment; substantive audit procedures were performed to an unreduced extent.

On the basis of the procedures described therein, we developed an audit program that sets out the nature and scope of the audit procedures to be performed while taking into account the principles of materiality and economic efficiency. On the basis of the findings made in this way, the following key audit areas were identified:

- Sales / receivables: existence and occurrence, valuation
- Inventories: existence and occurrence, valuation

The selection of transactions to be audited as part of the case-by-case audit was carried out using sample-based audit procedures, whereby the method of deliberate selection was applied in addition to random selection. As part of the deliberate selection, the elements to be audited were selected in such a way that they take into account the economic significance of the individual items in the annual financial statements and enable compliance with the statutory accounting requirements to be adequately audited.

As part of the audit of receivables, liabilities, bank balances at credit institutes and provisions, we obtained confirmations of balances from debtors, from banks, attorneys and tax advisors. The selection of debtors from whom confirmations of balances were obtained was

based on random sampling using the deliberate selection method. The balance confirmations from banks, attorneys and tax advisors were requested in full.

We performed our audit procedures in April and May 2025 on the premises of the company and in our office in Bonn. The obtained results are incorporated in this audit report.

The type, scope and results of the individual audit actions performed are described in our audit working papers.

The legal representatives as well as all persons commissioned provided the information and evidence required by us in accordance with § 320 section 2 of the German Commercial Code willingly completely and in due time. The legal representatives have confirmed to us in writing that the accounting and the annual financial statements are complete. In particular, they have assured us that accounting records contain all business transactions subject to mandatory accounting and that the present annual financial statements include all assets, liabilities, accruals and deferred items subject to mandatory accounting as well as all expenses and income, that all risks have been taken into account and that all disclosures have been made.

5. Findings and Notes on the Accounting

5.1 Regularity of the Accounting

5.1.1 The Bookkeeping and Other Documents Audited

The accounting records comply in all material respects with legal requirements, including the supplementary provisions of the articles of association and by laws, and with generally accepted accounting principles. Our audit did not lead to any material reservations relating to the security of the data processed for the purposes of IT-based accounting. In all material respects, the information extracted from the other audited documents has been properly reflected in the accounting records and annual financial statements.

5.1.2 Annual Financial Statement

The annual financial statements for the period ending on 31 March 2025 are attached to this report as Annexes 1 to 3.

The annual financial statements for the period ending on 31 March 2025 have been properly prepared in all material respects based on accounting records and other audited documents of the Company, taking into account recognition, disclosure and valuation rules and regulations. Statutory regulations relating to classification, accounting and valuation and the notes were respected. The amending provisions of the Articles of Association have been complied with.

The protective clause pursuant to Section 286 HGB was utilised.

5.2. Overall impression created by the annual financial statements

5.2.1. Findings regarding the overall impression created by the annual financial statements

Please see our comments below on the overall impression created by the annual financial statements. The annual financial statements as a whole, i.e. the combined balance sheet, income statement and notes, offer a true and fair impression of the net assets, financial and earnings position of the Company in accordance with German principles of proper accounting.

5.2.2. Notes regarding the overall impression created by the annual financial statements

The overall impression created by the annual financial statements was influenced by accounting and valuation decisions as well as by the structuring of the facts in accordance with generally accepted accounting principles and in a scope allowed by law. The essential principles of valuation and structuring measures necessary for an understanding of the overall impression created by the annual financial statements are explained in the notes sufficiently.

6. Final Remark

We have prepared the foregoing report in accordance with legal requirements and German generally accepted standards for the audit of annual financial statements (IDW PS 450 revised).

Any use of the audit opinion provided under point 3 outside of this audit report requires our prior consent. If the annual financial statements are published or passed on in a form that differs from the audited version (including translation into other languages), we are required to issue a new opinion beforehand if our audit opinion is cited or any reference is made to our audit; see § 328 of the German Commercial Code.

Bonn, 26 May 2025

dhpg Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
Steuerberater GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Berufsausübungsgesellschaft



Dr. Matthias Johnen
Wirtschaftsprüfer



Nadine Stammen
Wirtschaftsprüfer

A N N E X E S

Uniparts India GmbH, Hennef

Bilanz zum 31.03.2025

A K T I V A	31.03.2025 Euro	31.03.2024 Euro	P A S S I V A	31.03.2025 Euro	31.03.2024 Euro
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6,00	6,00	I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100.000,00
II. Sachanlagen			II. Gewinnvortrag	4.097.518,73	3.622.224,86
1. Technische Anlagen und Maschinen	1,00	185,00	III. Jahresüberschuss	<u>466.834,58</u>	<u>475.293,87</u>
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>75.921,00</u>	<u>66.216,00</u>		4.664.353,31	<u>4.197.518,73</u>
	<u>75.928,00</u>	<u>66.407,00</u>	B. Rückstellungen		
B. Umlaufvermögen			1. Steuerrückstellungen	0,00	0,00
I. Vorräte			2. Sonstige Rückstellungen	<u>119.586,57</u>	<u>170.694,05</u>
Waren	<u>5.049.167,32</u>	<u>5.452.288,33</u>		119.586,57	<u>170.694,05</u>
	2.935.088,88		C. Verbindlichkeiten		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	11.509,23	43.964,09
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	786.541,67	848.580,05	2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.726.638,16	2.478.672,14
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>238.328,68</u>	<u>277.279,47</u>	3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>72.826,37</u>	<u>132.397,35</u>
	1.024.870,35	<u>1.125.859,52</u>	- davon aus Steuern EUR 12.629,30 (i.V. EUR 13.524,03)	1.810.973,76	<u>2.655.033,58</u>
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	440.088,97	378.691,51	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 2.306,00 (i.V. EUR 2.058,78)		
	<u>6.514.126,64</u>	<u>6.956.839,36</u>	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 72.826,37 (i. V. EUR 132.397,35)		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>4.859,00</u>	<u>0,00</u>			
	<u>6.594.913,64</u>	<u>7.023.246,36</u>		<u>6.594.913,64</u>	<u>7.023.246,36</u>

Uniparts India GmbH, Hennef

Gewinn- und Verlustrechnung 2024 / 2025

	01. April 2024 bis 31. März 2025 Euro	01. April 2023 bis 31. März 2024 Euro
1. Umsatzerlöse	11.599.579,94	16.015.454,17
2. Sonstige betriebliche Erträge	20.281,62	23.520,06
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-9.439.027,34	-13.568.086,73
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-40.773,75	-45.300,85
	-9.479.801,09	-13.613.387,58
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-848.077,13	-965.115,55
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung EUR 616,00 (Vj. EUR 216,00)	-187.080,38	-183.279,01
	-1.035.157,51	-1.148.394,56
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-17.630,21	-16.882,55
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-369.476,83	-529.208,43
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	35,67	23,66
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon an verbundene Unternehmen EUR 0,00 (Vj. EUR 1.966,90)	0,00	-1.966,90
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-250.997,01	-253.864,00
10. Ergebnis nach Steuern	466.834,58	475.293,87
11. Sonstige Steuern	0,00	0,00
12. Jahresüberschuss	466.834,58	475.293,87

Uniparts India GmbH, Hennef

Anhang zum Jahresabschluss vom 01. April 2024 bis 31. März 2025

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss, zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Allgemein

Die Uniparts India GmbH ist im Handelsregister unter der Nummer HRB 11078 beim Amtsgericht Siegburg eingetragen. Sitz der Gesellschaft ist Reutherstraße 3, 53773 Hennef. Die Uniparts India GmbH, Hennef, ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne von § 267 Abs. 1 HGB.

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den Vorschriften des Handelsrechts gegliedert. Der Gewinn- und Verlustrechnung liegt das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB zugrunde.

Das Wirtschaftsjahr läuft vom 1. April bis 31. März des darauf folgenden Jahres.

Von den größenabhängigen Erleichterungsvorschriften des § 288 Abs. 1 HGB wurde Gebrauch gemacht.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Im Jahresabschluss sind sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Aufwendungen und Erträge enthalten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Die Posten der Aktivseite sind nicht mit Posten der Passivseite, Aufwendungen nicht mit Erträgen verrechnet worden, soweit dies nach den Vorschriften des § 246 HGB nicht ausdrücklich gefordert wird.

Es ist vorsichtig bewertet worden, namentlich sind alle vorhersehbaren Risiken und Verluste, die bis zum Abschlussstichtag entstanden sind, berücksichtigt worden, selbst wenn diese erst zwischen Abschlussstichtag und der Aufstellung des Jahresabschlusses bekannt geworden sind. Gewinne sind, soweit dies gesetzlich nicht ausdrücklich gefordert wird, nur berücksichtigt worden, wenn sie bis zum Abschlussstichtag realisiert wurden. Aufwendungen und Erträge des Geschäftsjahres sind unabhängig vom Zeitpunkt der Zahlung berücksichtigt worden.

Das **Anlagevermögen** wird zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um lineare planmäßige Abschreibungen, aktiviert. Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben. Soweit außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren Teilwert erforderlich sind, werden diese vorgenommen. Bewegliche und unbewegliche Anlagegüter werden pro rata temporis abgeschrieben.

Für **geringwertige Wirtschaftsgüter** wendet die Gesellschaft die Regelungen des § 6 Abs. 2 und Abs. 2a EStG an. Dementsprechend werden geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis zu EUR 250 im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben, wobei im Zugangsjahr auch der Abgang unterstellt wird. Für geringwertige Anlagegüter mit Anschaf-

fungskosten über EUR 250 und bis zu EUR 1.000 wird pro Jahr ein Sammelposten gebildet, der jährlich mit einem Fünftel abgeschrieben wird, wobei der Abgang nach Ablauf der fünf Jahre unterstellt wird.

Die **Handelswaren** werden zu Anschaffungskosten bewertet. Soweit außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren Teilwert erforderlich sind, werden diese vorgenommen.

Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennbetrag bewertet.

Die **liquiden Mittel** sind zum Nennwert angesetzt.

Die **Verbindlichkeiten** werden zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags unter Berücksichtigung erwarteter künftiger Preis- und Kostenänderungen angesetzt. Bei Rückstellungen mit Restlaufzeiten von über einem Jahr erfolgt eine Abzinsung mit dem fristkongruenten von der Deutschen Bundesbank vorgegebenen durchschnittlichen Marktzins.

II. Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

1. Forderungen und sonstige Aktiva

Die zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind innerhalb eines Jahres fällig. Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten bildet Aufwendungen des Folgejahres ab.

2. Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von TEUR 100 ist vollständig eingezahlt und wird zu 100 % von der Uniparts India Limited, Neu Delhi/Indien, gehalten.

3. Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen umfassen Rückstellungen für Personalaufwendungen (100 TEUR) und weitere Rückstellungen (19 TEUR) im Zusammenhang mit der laufenden Geschäftstätigkeit.

4. Verbindlichkeiten

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen werden miteinander verrechnet. Zum 31.03.2025 setzten sich die Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen nach Verrechnung wie folgt zusammen:

	Art der Verbindlichkeit	TEUR
Uniparts India Ltd	Forderungen/ Verb. aus Lieferungen und Leistungen	569
Gripwel Fasteners Pvt. Ltd	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.117
Farmparts Company	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	<u>41</u>
		<u>1.727</u>

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen mit TEUR 569 (i.V. TEUR 2.343) Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin.

Zum 31.03.2024 setzten sich die verrechneten Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen wie folgt zusammen:

	Art der Verbindlichkeit	TEUR
Uniparts India Ltd	Forderungen/ Verb. aus Lieferungen und Leistungen	2.343
Gripwel Fasteners Pvt. Ltd	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	<u>136</u>
		<u>2.479</u>

Sämtliche Verbindlichkeiten sind innerhalb eines Jahres fällig und ungesichert.

III. Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr beschäftigte die Uniparts India GmbH durchschnittlich 22 Mitarbeiter, davon 10 Mitarbeiter im Lager und 12 Mitarbeiter im Büro.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen aus Miet- und Leasingverträgen und belaufen sich auf insgesamt TEUR 235 davon sind innerhalb eines Jahres TEUR 195 fällig.

Die Gesellschaft ist ein 100%-iges Tochterunternehmen der Uniparts India Limited, Neu Delhi/Indien, und wird für den kleinsten und größten Konsolidierungskreis in deren Konzernabschluss einbezogen, der am Sitz in Neu Delhi/Indien erhältlich ist.

Geschäftsführer war im Geschäftsjahr:

Herbert Coenen, Ingenieur, geb. 07.09.1961, 53639 Königswinter

Bezüglich der Angabe der Geschäftsführervergütung wird von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht. Die Vergütung kann im konsolidierten Jahresabschluss der Muttergesellschaft entsprechend der örtlichen Rechnungslegungsvorgaben nachvollzogen werden.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres auf neue Rechnung vorzutragen.

Hennef, den 19. Mai 2025

Uniparts India GmbH

Herbert Coenen
Geschäftsführer

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Uniparts India GmbH, Reutherstraße 3, 53773 Hennef

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der Uniparts India GmbH, Hennef, – bestehend aus der Bilanz zum 31. März 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01. April 2024 bis zum 31. März 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. März 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01. April 2024 bis zum 31. März 2025.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss zu dienen.

Verantwortung des gesetzlichen Vertreters für den Jahresabschluss

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der gesetzliche Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche

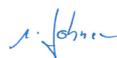
Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Bonn, 26. Mai 2025

dhpg Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte
Steuerberater GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Berufsausübungsgesellschaft



Dr. Matthias Johnen
Wirtschaftsprüfer



Nadine Stammen
Wirtschaftsprüfer

- For translation purposes only -

Uniparts India GmbH, Hennef

Balance Sheet as per 31.03.2025

ASSETS

	<u>March 31, 2025</u> Euro	<u>March 31, 2024</u> Euro
A. Fixed Assets		
I. Intangible Assets		
Acquired Licences, industrial property rights and licences on those rights	6,00	6,00
II. Tangible fixed assets		
1. Technical equipment and machinery	1,00	185,00
2. Other assets and office equipment	<u>75.921,00</u>	<u>66.216,00</u>
	<u>75.928,00</u>	<u>66.407,00</u>
B. Current assets		
I. Inventory		
Merchandise	<u>5.049.167,32</u>	<u>5.452.288,33</u>
II. Receivables and other assets		
1. Trade debtors	786.541,67	848.580,05
2. Other assets	<u>238.328,68</u>	<u>277.279,47</u>
	1.024.870,35	<u>1.125.859,52</u>
III. Cash on hand and at banks	440.088,97	378.691,51
	<u>6.514.126,64</u>	<u>6.956.839,36</u>
C. Prepaid expenses	<u>4.859,00</u>	<u>0,00</u>
	<u><u>6.594.913,64</u></u>	<u><u>7.023.246,36</u></u>

LIABILITIES

	<u>March 31, 2025</u> Euro	<u>March 31, 2024</u> Euro
A. Equity		
I. Share capital	100.000,00	100.000,00
II. Profit carried forward	4.097.518,73	3.622.224,86
III. Net profit	<u>466.834,58</u>	<u>475.293,87</u>
	4.664.353,31	<u>4.197.518,73</u>
B. Provisions		
1. Tax provisions	0,00	0,00
2. Other provisions	<u>119.586,57</u>	<u>170.694,05</u>
	119.586,57	<u>170.694,05</u>
C. Liabilities		
1. Trade creditors	11.509,23	43.964,09
2. Liabilities due to affiliated companies	1.726.638,16	2.478.672,14
3. Other liabilities	<u>72.826,37</u>	<u>132.397,35</u>
	1.810.973,76	<u>2.655.033,58</u>
	<u><u>6.594.913,64</u></u>	<u><u>7.023.246,36</u></u>

- For translation purposes only -**Uniparts India GmbH, Hennef****Profit and loss account for the financial reporting period 2024 / 2025**

	April 1, 2024 to March 31, 2025 Euro	April 1, 2023 to March 31, 2024 Euro
1. Sales	11.599.579,94	16.015.454,17
2. Other operating income	20.281,62	23.520,06
3. Cost of materials		
a) Cost of raw materials and supplies	-9.439.027,34	-13.568.086,73
b) Expenses for received services	<u>-40.773,75</u>	-45.300,85
	-9.479.801,09	-13.613.387,58
4. Staff costs		
a) Wages and salaries	-848.077,13	-965.115,55
b) Statutory welfare contributions, expenses for pensions and optional support - thereof for retirement provisions EUR 616,00 (prior year EUR 216,00)	<u>-187.080,38</u>	-183.279,01
	-1.035.157,51	-1.148.394,56
5. Amortization of intangible and depreciation of tangible fixed assets	-17.630,21	-16.882,55
6. Other operating expenses	-369.476,83	-529.208,43
7. Other interest and similar income	35,67	23,66
8. Interest and similar expenses - thereof to affiliated companies EUR 0,00 (prior year EUR 1.996,90)	0,00	-1.966,90
9. Taxes on income and earnings	-250.997,01	-253.864,00
10. Profit after taxes	466.834,58	475.293,87
11. Other taxes	0,00	0,00
12. Net profit	<u>466.834,58</u>	<u>475.293,87</u>

– For translation purposes only –

Uniparts India GmbH, Hennef

Notes for the financial year from 1 April 2024 to 31 March 2025

I. Accounting principles and general information about the financial statements

1. General information

The Uniparts India GmbH is registered with number HRB 11078 at the local court in Siegburg. The company is settled in Reutherstraße 3, 53773 Hennef. The balance sheet and the income statement are structured in accordance with commercial law regulations. The income statement is based on the total cost method according to section 275 par. 2 HGB.

The business year starts on 1 April and ends on 31 March of the following year.

The size-related exemption rules according to section 288 par. 1 HGB have been used.

2. Accounting and valuation principles

The annual financial statements include all assets, liabilities, accruals and deferrals, expenses and proceeds as far as there are no other legal regulations. The asset items were not offset with the liability items, and expenses were not offset with proceeds unless this was explicitly required according to the regulations of section 246 HGB.

The valuation was made in a prudent manner, notably all predictable risks and losses that occurred as per the balance sheet date were considered, even when they first emerged between the balance sheet date and the preparation of the annual financial statements. Unless this was explicitly required by law, profits were only considered when they were realised as per the balance sheet date. Expenses and proceeds of the financial year were considered regardless of the time of payment.

Fixed assets are capitalised at cost less scheduled straight-line depreciation/amortization. Assets whose useful life is limited are depreciated over their expected useful life according to the straight-line method. Unscheduled depreciations/amortizations to the lower current value were made as they are required. Tangible and intangible assets are depreciated/amortized pro rata temporis.

For **low-value assets** the company uses the regulations of section 6 par. 2 and par. 2a EStG [German Income Tax Law]. Accordingly, low-value assets with acquisition costs up to EUR 250 are depreciated completely in the acquisition year and in doing so the disposal is assumed to take place in the year of addition. For low-value assets with acquisition costs of more than EUR 250 and up to EUR 1,000 a compound item is made every year which is annually depreciated with one fifth and in doing so the disposal is assumed to take place five years after the purchase.

Trade goods are valued at cost. Unscheduled depreciations/amortizations to the lower current value are made as they are required.

Receivables and other assets are valued at their nominal value.

Cash on hand and at banks are valued at their nominal value.

Other provisions include all perceptible risk and uncertain obligations and are recognised with the repayment value necessary according to reasonable commercial assessment considering expected future price and cost changes. Provisions with a maturity of more than one year are discounted with an average market interest rate determined by the Deutsche Bundesbank.

Other assets and **liabilities** are valued at their nominal value or the repayment value.

II. Explanations to the individual balance sheet items

1. Receivables and other assets

Receivables and other assets shown as per the balance sheet date are due within one year. Prepaid expenses represent expenses for the following year.

2. Capital stock

Capital stock to the amount of EUR 100k is paid in completely and is held to 100% by Uniparts India Limited, New Delhi/India.

3. Provisions

Other provisions include provisions for human resources expenses (EUR 100k) and further provisions (EUR 19k) in connection with operating activities.

4. Liabilities

Receivables and liabilities due to affiliated companies are netted. As per 31 March 2025, receivables and liabilities due to affiliated companies after complete netting were as follows:

	Kind of liability	EUR k
Uniparts India Ltd	Trade receivables and liabilities	569
Gripwel Fasteners Pvt. Ltd.	Trade liabilities	1.117
Farmparts Company	Trade liabilities	<u>41</u>
		<u>1.727</u>

Liabilities due to affiliated companies relate to liabilities due to the shareholder with EUR 569k (PY EUR 2.343k).

As per 31 March 2024, the netted position of receivables and liabilities due to affiliates contain the following:

	Kind of liability	EUR k
Uniparts India Ltd	Trade receivables and liabilities	2.343
Gripwel Fasteners Pvt. Ltd.	Trade liabilities	<u>136</u>
		<u>2.497</u>

All liabilities are due within one year and are unsecured.

III. Other information

During the fiscal year Uniparts India GmbH employed on average 22 employees. of which 10 employees are assigned to the warehouse and 12 employees to the office.

Other financial obligations contain of rental and leasing contracts and amount to 235 EUR k in total, of which 195 EUR k are due within one year.

The company is a wholly owned subsidiary of Uniparts India Limited, New Delhi/India, and is included in their consolidated financial statements for the smallest and largest group of companies which is available at the registered office in New Delhi/India.

The managing director during the financial year was:

Herbert Coenen, Engineer, born on 07 September 1961, in 53639 Königswinter

Regarding the disclosure of the income of the managing director the escape clause of section 286 par. 4 HGB was used. The amount can relied in the consolidated financial statement of the parent company in accordance with the relevant local accounting requirements.

The management suggests carrying the annual profit of the financial year forward onto new account.

Hennef, 19. May 2025

Uniparts India GmbH

Herbert Coenen
Managing Director

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangel einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.



Sonderbedingungen für die Erhöhung der Haftung

An die Stelle der in Nr. 9 Abs. 2 und Nr. 9 Abs. 4 der beiliegenden Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften genannten Beträge von 4 Mio. € bzw. 5 Mio. € tritt einheitlich ein Betrag von 10 Mio. €.

dhpG Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte Steuerberater GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Berufsausübungsgesellschaft
Marie-Kahle-Allee 2 | 53113 Bonn

Weitere Pflichtangaben finden Sie unter impressum.dhpG.de und www.dhpG.de

CLA Global

[Translator's notes are in square brackets]

General Engagement Terms

for

Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer and Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

[German Public Auditors and Public Audit Firms]

as of January 1, 2024

1. Scope of application

(1) These engagement terms apply to contracts between German Public Auditors (Wirtschaftsprüferinnen/Wirtschaftsprüfer) or German Public Audit Firms (Wirtschaftsprüfungsgesellschaften) – hereinafter collectively referred to as "German Public Auditors" – and their engaging parties for assurance services, tax advisory services, advice on business matters and other engagements except as otherwise agreed in writing (Textform) or prescribed by a mandatory rule.

(2) Third parties may derive claims from contracts between German Public Auditors and engaging parties only when this is agreed or results from mandatory rules prescribed by law. In relation to such claims, these engagement terms also apply to these third parties. A German Public Auditor is also entitled to invoke objections (Einwendungen) and defences (Einreden) arising from the contractual relationship with the engaging party to third parties.

2. Scope and execution of the engagement

(1) Object of the engagement is the agreed service – not a particular economic result. The engagement will be performed in accordance with the German Principles of Proper Professional Conduct (Grundsätze ordnungsmäßiger Berufsausübung). The German Public Auditor does not assume any management functions in connection with his services. The German Public Auditor is not responsible for the use or implementation of the results of his services. The German Public Auditor is entitled to make use of competent persons to conduct the engagement.

(2) Except for assurance engagements (betriebswirtschaftliche Prüfungen), the consideration of foreign law requires an express agreement in writing (Textform).

(3) If circumstances or the legal situation change subsequent to the release of the final professional statement, the German Public Auditor is not obligated to refer the engaging party to changes or any consequences resulting therefrom.

3. The obligations of the engaging party to cooperate

(1) The engaging party shall ensure that all documents and further information necessary for the performance of the engagement are provided to the German Public Auditor on a timely basis, and that he is informed of all events and circumstances that may be of significance to the performance of the engagement. This also applies to those documents and further information, events and circumstances that first become known during the German Public Auditor's work. The engaging party will also designate suitable persons to provide information.

(2) Upon the request of the German Public Auditor, the engaging party shall confirm the completeness of the documents and further information submitted as well as the explanations and statements provided in statement as drafted by the German Public Auditor or in a legally accepted written form (gesetzliche Schriftform) or any other form determined by the German Public Auditor.

4. Ensuring independence

(1) The engaging party shall refrain from anything that endangers the independence of the German Public Auditor's staff. This applies throughout the term of the engagement, and in particular to offers of employment or to assume an executive or non-executive role, and to offers to accept engagements on their own behalf.

(2) Were the performance of the engagement to impair the independence of the German Public Auditor, of related firms, firms within his network, or such firms associated with him, to which the independence requirements apply in the same way as to the German Public Auditor in other engagement relationships, the German Public Auditor is entitled to terminate the engagement for good cause.

5. Reporting and oral information

To the extent that the German Public Auditor is required to present results in a legally accepted written form (gesetzliche Schriftform) or in writing (Textform) as part of the work in executing the engagement, only that

presentation is authoritative. Draft of such presentations are non-binding. Except as otherwise provided for by law or contractually agreed, oral statements and explanations by the German Public Auditor are binding only when they are confirmed in writing (Textform). Statements and information of the German Public Auditor outside of the engagement are always non-binding.

6. Distribution of, a German Public Auditor's professional statement

(1) The distribution to a third party of professional statements of the German Public Auditor (results of work or extracts of the results of work whether in draft or in a final version) or information about the German Public Auditor acting for the engaging party requires the German Public Auditor's consent be issued in writing (Textform), unless the engaging party is obligated to distribute or inform due to law or a regulatory requirement.

(2) The use by the engaging party for promotional purposes of the German Public Auditor's professional statements and of information about the German Public Auditor acting for the engaging party is prohibited.

7. Deficiency rectification

(1) In case there are any deficiencies, the engaging party is entitled to specific subsequent performance by the German Public Auditor. The engaging party may reduce the fees or cancel the contract for failure of such subsequent performance, for subsequent non-performance or unjustified refusal to perform subsequently, or for unconscionability or impossibility of subsequent performance. If the engagement was not commissioned by a consumer, the engaging party may only cancel the contract due to a deficiency if the service rendered is not relevant to him due to failure of subsequent performance, to subsequent non-performance, to unconscionability or impossibility of subsequent performance. No. 9 applies to the extent that further claims for damages exist.

(2) The engaging party must assert a claim for subsequent performance (Nacherfüllung) in writing (Textform) without delay. Claims for subsequent performance pursuant to paragraph 1 not arising from an intentional act expire after one year subsequent to the commencement of the time limit under the statute of limitations.

(3) Apparent deficiencies, such as clerical errors, arithmetical errors and deficiencies associated with technicalities contained in a German Public Auditor's professional statement (long-form reports, expert opinions etc.) may be corrected – also versus third parties – by the German Public Auditor at any time. Misstatements which may call into question the results contained in a German Public Auditor's professional statement entitle the German Public Auditor to withdraw such statement – also versus third parties. In such cases the German Public Auditor should first hear the engaging party, if practicable.

8. Confidentiality towards third parties, and data protection

(1) Pursuant to the law (§ [Article] 323 Abs 1 [paragraph 1] HGB [German Commercial Code: Handelsgesetzbuch], § 43 WPO [German Law regulating the Profession of Wirtschaftsprüfer: Wirtschaftsprüferordnung], § 203 StGB [German Criminal Code: Strafgesetzbuch]) the German Public Auditor is obligated to maintain confidentiality regarding facts and circumstances confided to him or of which he becomes aware in the course of his professional work, unless the engaging party releases him from this confidentiality obligation.

(2) When processing personal data, the German Public Auditor will observe national and European legal provisions on data protection.

9. Liability

(1) For legally required services by German Public Auditors, in particular audits, the respective legal limitations of liability, in particular the limitation of liability pursuant to § 323 Abs. 2 HGB, apply.

(2) Insofar neither a statutory limitation of liability is applicable, nor an individual contractual limitation of liability exists, claims for damages due to negligence arising out of the contractual relationship between the

engaging party and the German Public Auditor, except for damages resulting from injury to life, body or health as well as for damages that constitute a duty of replacement by a producer pursuant to § 1 ProdHaftG [German Product Liability Act: Produkthaftungsgesetz], are limited to € 4 million pursuant to § 54 a Abs. 1 Number 2 WPO. This applies equally to claims against the German Public Auditor made by third parties arising from, or in connection with, the contractual relationship.

(3) When multiple claimants assert a claim for damages arising from an existing contractual relationship with the German Public Auditor due to the German Public Auditor's negligent breach of duty, the maximum amount stipulated in paragraph 2 applies to the respective claims of all claimants collectively.

(4) The maximum amount under paragraph 2 relates to an individual case of damages. An individual case of damages also exists in relation to a uniform damage arising from a number of breaches of duty. The individual case of damages encompasses all consequences from a breach of duty regardless of whether the damages occurred in one year or in a number of successive years. In this case, multiple acts or omissions based on the same source of error or on a source of error of an equivalent nature are deemed to be a single breach of duty if the matters in question are legally or economically connected to one another. In this event the claim against the German Public Auditor is limited to € 5 million.

(5) A claim for damages expires if a suit is not filed within six months subsequent to the written statement (Textform) of refusal of acceptance of the indemnity and the engaging party has been informed of this consequence. This does not apply to claims for damages resulting from scienter, a culpable injury to life, body or health as well as for damages that constitute a liability for replacement by a producer pursuant to § 1 ProdHaftG. The right to invoke a plea of the statute of limitations remains unaffected.

(6) § 323 HGB remains unaffected by the rules in paragraphs 2 to 5.

10. Supplementary provisions for audit engagements

(1) If the engaging party subsequently amends the financial statements or management report audited by a German Public Auditor and accompanied by an auditor's report (Bestätigungsvermerk), he may no longer use this auditor's report.

If the German Public Auditor has not issued an auditor's report, a reference to the audit conducted by the German Public Auditor in the management report or any other public reference is permitted only with the German Public Auditor's consent, issued in a legally accepted written form (gesetzliche Schriftform), and with a wording authorized by him.

(2) If the German Public Auditor revokes the auditor's report, it may no longer be used. If the engaging party has already made use of the auditor's report, then upon the request of the German Public Auditor he must give notification of the revocation.

(3) The engaging party has a right to five official copies of the report. Additional official copies will be charged separately.

11. Supplementary provisions for assistance in tax matters

(1) When advising on an individual tax issue as well as when providing ongoing tax advice, the German Public Auditor is entitled to use as a correct and complete basis the facts provided by the engaging party – especially numerical disclosures; this also applies to bookkeeping engagements. Nevertheless, he is obligated to indicate to the engaging party any material errors he has identified.

(2) The tax advisory engagement does not encompass procedures required to observe deadlines, unless the German Public Auditor has explicitly accepted a corresponding engagement. In this case the engaging party must provide the German Public Auditor with all documents required to observe deadlines – in particular tax assessments – on such a timely basis that the German Public Auditor has an appropriate lead time.

(3) Except as agreed otherwise in writing (Textform), ongoing tax advice encompasses the following work during the contract period:

- a) preparation and electronic transmission of annual tax returns, including financial statements for tax purposes in electronic format, for income tax, corporate tax and business tax, namely on the basis of the annual financial statements, and on other schedules and evidence documents required for the taxation, to be provided by the engaging party
- b) examination of tax assessments in relation to the taxes referred to in (a)
- c) negotiations with tax authorities in connection with the returns and assessments mentioned in (a) and (b)
- d) support in tax audits and evaluation of the results of tax audits with respect to the taxes referred to in (a)
- e) participation in petition or protest and appeal procedures with respect to the taxes mentioned in (a).

In the aforementioned tasks the German Public Auditor takes into account material published legal decisions and administrative interpretations.

(4) If the German Public auditor receives a fixed fee for ongoing tax advice, the work mentioned under paragraph 3 (d) and (e) is to be remunerated separately, except as agreed otherwise in writing (Textform).

(5) Insofar the German Public Auditor is also a German Tax Advisor and the German Tax Advice Remuneration Regulation (Steuerberatungsvergütungsverordnung) is to be applied to calculate the remuneration, a greater or lesser remuneration than the legal default remuneration can be agreed in writing (Textform).

(6) Work relating to special individual issues for income tax, corporate tax, business tax and valuation assessments for property units as well as all issues in relation to sales tax, payroll tax, other taxes and dues requires a separate engagement. This also applies to:

- a) work on non-recurring tax matters, e.g. in the field of estate tax and real estate sales tax;
- b) support and representation in proceedings before tax and administrative courts and in criminal tax matters;
- c) advisory work and work related to expert opinions in connection with changes in legal form and other re-organizations, capital increases and reductions, insolvency related business reorganizations, admission and retirement of owners, sale of a business, liquidations and the like, and
- d) support in complying with disclosure and documentation obligations.

(7) To the extent that the preparation of the annual sales tax return is undertaken as additional work, this includes neither the review of any special accounting prerequisites nor the issue as to whether all potential sales tax allowances have been identified. No guarantee is given for the complete compilation of documents to claim the input tax credit.

12. Electronic communication

Communication between the German Public Auditor and the engaging party may be via e-mail. In the event that the engaging party does not wish to communicate via e-mail or sets special security requirements, such as the encryption of e-mails, the engaging party will inform the German Public Auditor in writing (Textform) accordingly.

13. Remuneration

(1) In addition to his claims for fees, the German Public Auditor is entitled to claim reimbursement of his expenses; sales tax will be billed additionally. He may claim appropriate advances on remuneration and reimbursement of expenses and may make the delivery of his services dependent upon the complete satisfaction of his claims. Multiple engaging parties are jointly and severally liable.

(2) If the engaging party is not a consumer, then a set-off against the German Public Auditor's claims for remuneration and reimbursement of expenses is admissible only for undisputed claims or claims determined to be legally binding.

14. Dispute Settlement

The German Public Auditor is not prepared to participate in dispute settlement procedures before a consumer arbitration board (Verbraucherschlichtungsstelle) within the meaning of § 2 of the German Act on Consumer Dispute Settlements (Verbraucherstreitbeilegungsgesetz).

15. Applicable law

The contract, the performance of the services and all claims resulting therefrom are exclusively governed by German law.



Special conditions for the increase of liability

In place of the amounts specified in no. 9 (2) and no. 9 (4) of the enclosed General Engagement Conditions for auditors and auditing companies of € 4 million or 5 million shall be replaced by a uniform amount of € 10 million.

dhpG Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte Steuerberater GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Berufsausübungsgesellschaft
Marie-Kahle-Allee 2 | 53113 Bonn | Germany

Further mandatory information can be found at www.dhpG.de/en/imprint and www.dhpG.de.

CLA Global

Abschlusszertifikat

Umschlag-ID: 8F21F04F-2E94-4942-9CDB-5CD53B302AD9
 Betreff: Mit Docusign abschließen: 12060020 - 12042293 JAP 2024.pdf
 Quellumschlag:
 Dokumentenseiten: 37
 Zertifikatsseiten: 2
 Signatur mit Anleitung: Aktiviert
 Umschlag-ID-Stempel: Aktiviert
 Zeitzone: (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien

Status: Abgeschlossen

Umschlagersteller:
 Marion Hanauer
 Marie-Kahle-Allee 2
 Bonn, NRW 53113
 Marion.Hanauer@dhp.de
 IP-Adresse: 147.161.235.96

Eintragsverfolgung

Status: Original
 26. Mai 2025 | 15:31

Inhaber: Marion Hanauer
 Marion.Hanauer@dhp.de

Standort: DocuSign

Unterzeichnerereignisse

Signatur

Zeitstempel

Dr. Matthias Johnen
 matthias.johnen@dhp.de
 Wirtschaftsprüfer

Gesendet: 26. Mai 2025 | 15:33
 Eingesehen: 26. Mai 2025 | 15:37
 Signiert: 26. Mai 2025 | 15:38

dhp Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte Steuerberater
 GmbH & Co. KG
 Sicherheitsstufe: E-Mail, Kontoauthentifizierung
 (keine), Digitales Zertifikat

Signaturübernahme: Hochgeladenes Signaturbild
 Mit IP-Adresse: 147.161.231.85

Signaturanbieterdetails:

Standort des Signaturanbieters:
<https://authentication.idnow.de/docusign/requests/signature>

Signaturtyp: IDnow Trust Services AB for QES
 (Client ID:
 432b0d94-c7e1-443b-8811-b0e336bb0b0a)

Signatúraussteller: IDnow Trust Services AB for
 QES (Client ID:
 432b0d94-c7e1-443b-8811-b0e336bb0b0a)

Bezugsbezeichner:
 PUJ-JZHYC

Vereinbarung bezüglich elektronischer Unterlagen und Signaturen:

Nicht über Docusign angeboten

Nadine Stammen
 nadine.stammen@dhp.de
 dhp Wirtschaftsprüfer Rechtsanwälte Steuerberater
 GmbH & Co. KG
 Sicherheitsstufe: E-Mail, Kontoauthentifizierung
 (keine), Digitales Zertifikat

Gesendet: 26. Mai 2025 | 15:33
 Eingesehen: 26. Mai 2025 | 16:03
 Signiert: 26. Mai 2025 | 16:04

Signaturanbieterdetails:

Signaturübernahme: Auf Gerät gezeichnet
 Mit IP-Adresse: 147.161.231.85

Signaturtyp: IDnow Trust Services AB for QES
 (Client ID:
 432b0d94-c7e1-443b-8811-b0e336bb0b0a)

Standort des Signaturanbieters:
<https://authentication.idnow.de/docusign/requests/signature>

Signatúraussteller: IDnow Trust Services AB for
 QES (Client ID:
 432b0d94-c7e1-443b-8811-b0e336bb0b0a)

Bezugsbezeichner:
 FDE-PDCXX

Vereinbarung bezüglich elektronischer Unterlagen und Signaturen:

Nicht über Docusign angeboten

Vor-Ort-Unterzeichner – Ereignisse

Signatur

Zeitstempel

Bearbeiterversandereignisse

Status

Zeitstempel

Beauftragtenzustellereignisse

Status

Zeitstempel

Vermittlerversandereignisse	Status	Zeitstempel
Zertifizierter Versand - Ereignisse	Status	Zeitstempel
Kopienereignisse	Status	Zeitstempel
Zeugen-Ereignisse	Signatur	Zeitstempel
Notarereignisse	Signatur	Zeitstempel
Umschlagereignisse – Überblick	Status	Zeitstempel
Umschlag gesendet	Hash-codiert/verschlüsselt	26. Mai 2025 15:33
Zertifiziert zugestellt	Sicherheitsprüfung ausgeführt	26. Mai 2025 16:03
Signiervorgang abgeschlossen	Sicherheitsprüfung ausgeführt	26. Mai 2025 16:04
Abgeschlossen	Sicherheitsprüfung ausgeführt	26. Mai 2025 16:04
Zahlungen	Status	Zeitstempel